BeZet

BetriebsZeitung

ver.di-Info der Betriebsgruppe NL BRIEF München

Ausgabe 23/Februar 2004

Beamtenentsorgung Nein!

Karen Fischer

Teilzeitbeschäftigte Beamtin im Nachtdienst an der GFSM und Mutter spricht vor den Teilnehmern der Beamtenkundgebung am 15.10.03 vor der ehemaligen Oberpostdirektion. In Ihrer Rede rechnet Karen vor, welche Einschnitte insbesondere auf Familien mit Kindern zu kommen werden. →

Fotos: M. Götz

← Unter erfreulich hoher Teilnahme fand am 02.12.03 unsere Mitgliedervollversammlung statt. MdB Klaus Bartels, SPD stellte sich unseren kritischen Fragen und versprach, sich für den Erhalt des Tarifvertragsrechtes sowie für unsere Petition (Text in dieser Ausgabe) einzusetzen. Dem vorweihnachtlichen Termin wurde durch die Anwesenheit des Nikolaus Rechnung getragen. Roman Gießmann, Vorsitzender der BeG München 70, übernahm diese Rolle und verteilte bereits am Eingang an Stelle von Geschenken „Rotstifte". Gehaltskürzung, Agenda 2010, Gesundheitsreform, etc, etc. lässt grüßen.

Inhalt

Beamtenentsorgung 1–2
Corporate Identity 2
Petition für Mieterrechte . .3–4
Revolutionärer Traum 4–5
Beschäftigungspakt Verkehr 5
59 Kochtöpfe 6–7
Baby da 8–9
Sozialplan 2003–2004/ Abteilung Verkehr 9
Baustelle Europa 11–12
Der gelbe Pfad 13–14
Leo's 15

Beamtenentsorgung

Der Kampf um den Erhalt des Weihnachts- und Urlaubsgeldes sowie die Tarifrunde 2004 werden wiederum Schwerpunkte unseres gewerkschaftlichen Kampfes in diesem Jahr sein.
Derzeit werden bundesweite Planungen zur Durchsetzung von Ausgleichszahlungen bezüglich des Wegfalles des Urlaubsgeldes bzw. der Reduzierung des Weihnachtsgeldes entwickelt.
Zielgruppe dieser Aktivitäten wird in erster Linie die Deutsche Post AG sein.

Es kann nicht angehen, dass bei einem Gewinn von knapp 3 Milliarden Euro die Deutsche Post AG das Weihnachts- und Urlaubsgeld der Beamten einsackt und sich der Vorstand hemmungslos die Gehälter erhöht.
Alle Beamtinnen, Beamten und Arbeitnehmer sind daher aufgerufen, sich an den in Kürze anlaufenden Aktionen zu beteiligen. Unser Widerstand wird in Bonn sehr wohl zur Kenntnis genommen. Folgt deshalb Aufrufen eurer Vertrauensleute und Betriebsräten.

Corporate Identity

Corporate Identity – die Vision ist klar: ein klares und eindeutiges Erscheinungsbild, das nach Innen und Außen Identifikation ohne viel Worte möglich macht.
Aber modernes Design alleine macht weder zufriedenere Kunden noch zufriedenere Mitarbeiter.
Und manchmal treibt die Durchsetzung des einheitlich gewünschten Erscheinungsbildes sogar Blüten.

Die Vorher- – Nachher„schau"

Es ist verboten, Unternehmenskleidung mit privaten Klamotten zu kombinieren! Bei strikter Beachtung kommt folgendes dabei heraus:

Verboten

Erlaubt

Nur gut, dass wir keine anderen Probleme haben, wie zum Beispiel den Besoldungsraub bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Überdrehen der Leistungsschraube auf Kosten von Kundenqualiltät und der Gesundheit von Mitarbeitern und so gut wie keine beruflichen Perspektiven für die Mitarbeiter.
Und die Moral von der Geschicht?

Der Nadelstreifen Spesenritter bringt die Post Dir nicht!
Siehe auch Seite 16.

BeZet

ist die Zeitung der verdi Betriebsgruppe, Niederlassung BRIEF München

LEITUNG REDAKTION
Peter Horn

MITARBEITER
Karen Fischer
Andrea Heidersberger
Monika Schmalz
Alfons Leopold
Richard Huber
Peter Horn

V.I.S.D.P.
Fritz Kerscher
Verdi BeG NL München

ERSCHEINUNGSWEISE
Mindestens vierteljährlich

AUFLAGE
2 500 Stück

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Peter Horn
Postfach 190502, 80605 München
www.verdi-brief-muenchen.de

Druckhaus Kastner
Schloßhof 2–6
85283 Wolnzach
Tel 0 84 42 / 92 53-0

ver.di

Petition für Mieterrechte

Die Redaktion der Bezett, befasst sich erneut mit dem Verkauf ehemaliger Postwohnungen in der Ruffini-/ Frundsbergstr. Wir berichteten in den Ausgaben vom Juli 2000 unter dem Titel „Erblastig" und im Juli 2001 unter „Wohnungsfürsorge" darüber. Im Jahr 2002 richtete eine Regionalkonferenz der BR in Nürnberg eine Aufforderung zur Überprüfung von Mieterhöhungsbegehren für diese Wohnungen an die DPAG, die bis heute unbeantwortet geblieben ist. Zu Ende des Jahres 2003 begann die Fa. Deutschbau nach Eintrag als Eigentümerin im Grundbuch München/Neuhausen die betreffenden Wohnungen zu verkaufen. Der Mieterverein München e.V. berief im November 2003 eine Versammlung der betroffenen Mieter ein und bot Hilfe an. Bei dieser Gelegenheit unterstützte eine größere Anzahl der Anwesenden die von der Redaktion der Bezett formulierte und am 25.11.03 beim Bundestag eingereichte Petition durch ihre Unterschrift.
Im folgenden nun der Originaltext der Petition:

Gegenstand der Petition

Frühere und aktuelle Mieterhöhungsbegehren [...] der Fa. Deutschbau an Mieter von ehemaligen Postwohnungen in München, die von der Deutschen Post AG an die Deutschbau veräußert wurden, bedürfen der Überprüfung ihrer Rechtmäßigkeit.
Die Aufforderung durch eine regionale Betriebsrätekonferenz an zuständige Stellen der DPAG, diese Überprüfung vorzunehmen, wurde innerhalb von zwei Jahren nicht erfüllt. [...]

Wortlaut der Petition

Da die Deutsche Post AG eine ehemalige Bundesbehörde war und großenteils sich noch als Aktienbesitz in Händen der Bundesrepublik Deutschland befindet, fordern wir die Bundesregierung respektive den Deutschen Bundestag dazu auf, die oben erwähnte Rechtmäßigkeit zu überprüfen.
Staat und Unternehmen verpflichteten sich in dem vorliegenden Vertrag [...], den Beschäftigten der Deutschen Bundespost und nachmaligen Deutschen Post AG verbilligte Wohnungen nach Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen, wonach nur die Kostenmiete zu erheben war [...].
Wer auch immer Nachfolger im Vertrag sein sollte, hat die schuldrechtlichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen [...] und in diesem Sinne auch alle anderen.
Angezweifelt wird hier die Rechtmäßigkeit der Aufhebung der aus dem Vertrag resultierenden Rechte für die Mieter aufgrund von Kettenverkäufen obiger Wohnungen durch die ehemals gemeinnützige Deutschbau und die Deutsche Post AG (DPAG).
Dies wird durch eine Erklärung der Bundesregierung 1995 [...] und im Parlament durch Staatssekretär Joachim Günther am 7.2.1996 bestätigt [...]
Kettenverkäufe sind demnach nach dem Willen der Bundesregierung auch in Zukunft auszuschließen.
Da diese Äußerung gegenüber einem MdB, Johannes Singhammer, auf dessen Anfrage hin gemacht wurde, ging die Regierung damit eine Verpflichtung gegenüber dem Volk der BRD und gegenüber den Mietern genannter Wohnungen ein.
Aus dem Inhalt des obigen Vertragswerkes ergibt sich für alle Beteiligten die Selbstverpflichtung, in neuen und weiteren Verträgen bezüglich dieser Wohnungen für Vereinbarungen zu sorgen, die die ursprünglichen Rechte der Mieter schützen [...].
Es ist nun offensichtlich, dass zum einen die Rechte aus dem Vertrag nicht mehr geachtet werden und folgerichtig auch in neueren Verträgen diese Rechte nicht mehr erwähnt sind [...]. Die Mieten sollen nach Aussagen der Deutschbau auf die Höhe von Vergleichsmieten angehoben werden, und das Belegungsrecht der Post ist aufgehoben.
Aus diesem Umstand heraus, der, neben der Verletzung zugesicherter Rechte und des damit verbundenen Anspruchs auf eine gewissen Sicherheit des Lebensunterhalts und der damit verbundenen Planung, eine Nichtachtung des Parlaments der Bundesrepublik Deutschland bedeutet, kann die Bundesregierung als Nachfolgerin früherer Regierungen und auch das der Deutschen Bundespost nachfolgende Unternehmen privater Natur, Deutsche Post AG, nicht aus der Verantwortung für eingegangene Verpflichtungen entlassen werden, zumal sowohl die Deutsche Post AG unmittelbar wie auch die Bundesregierung mittelbar durch den Verkauf der betreffenden Wohnungen einen Vorteil für sich und einen spezifischen Nachteil für Mieter, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind, bewirkten.
Wir fordern Bundestag, Regierung und Deutsche Post AG auf, den Nachteil, der aufgrund ihrer Handlungen und Unterlassungen für die betroffenen Mieter entstanden ist und entstehen wird, auszugleichen und unverzüglich Kontakt mit den betroffenen Bürgern aufzunehmen, da viele von ihnen aktuell gezwungen sind, Mieterhöhungen und Käufe zu akzeptieren, die ihre Rechte weiter schmälern werden bis zum erzwungenen Auszug in einigen Jahren.

Anmerkung der Redaktion
Die Auslassungen in den Klammern betreffen die Verweise auf die jeweiligen Quellen und Verträge, die mit der Petition eingereicht wurden.

Revolutionärer Traum?

Sigmund Freud sagte, wer seine Träume nicht interpretiert, verhält sich wie einer, der einen Brief nicht liest, der ihm zugestellt wurde.

Der Traum (Arbeitgeber)
Die Welt in der Zustellersälen ist in Ordnung:
Es gibt keine personellen Probleme mehr, der Gesundheitsstand ist so gut wie nie zuvor, durch neue Arbeitsmittel haben sich die Arbeitsbedingungen erheblich verbessert und aufgrund sinkender Verkehrsmengen wird weniger gearbeitet, also für jeden wird mehr bezahlt als er arbeitet. Mit guter Produktivität wird einer der ersten Plätze in der Benchmark-Tabelle erreicht, E+I wurde erfüllt, keine Rückstellungen. Der Stall steht voller glücklicher Kühe, die gute Milch geben.
Der Kunde ist zufrieden, die Chefs sind zu zufrieden, Tantieme marsch!

Die Realität (ein Alptraum)
5.00 Uhr morgens, November 2003, ein beliebiger Zustellstützpunkt in München:
Die ersten Zusteller sind schon am Arbeiten, der Zustellersaal füllt sich. Die meisten fangen 1-2 Stunden vor Dienstbeginn ihre Arbeit an.
Der Arbeitgeber behauptet, ein früherer Dienstbeginn sei nicht notwendig. Wer früher anfängt, der arbeitet nicht effektiv genug und verbringe seine Zeit mit Kaffeetrinken.
Wer allerdings später anfängt, also pünktlich zum Dienstbeginn (Ist-Zeitler, verflixter!), hat die Aufsicht und Stellenleitung im Genick sitzen, die dem ordentlich, d.h. vorschriftsmäßig arbeitenden Zusteller zusetzt, wenn er nicht „so schnell" ist wie die anderen.
Was ist sonst noch los?
Quelle, ADAC, Wurfsendungen und Massen von unsortierten Briefsendungen liegen vor und sollen pünktlich und rückstandsfrei von den Zustellern bewältigt werden.
Der Nachtflieger hatte eine Panne!
Der letzte Kurs bringt die unsortierte Post, das BZ schiebt sie einfach auf die ZSPn durch, (Hauptsache „rückstandsfrei"!). Die Zuführung ist verzögert, der Briefeingang hängt und verteilt (natürlich!) über die Zeit (genau 29 Minuten).
Der private Ablagefahrer kann nicht warten, er hat noch was anderes vor (andere Fahrten z.B.).
Wer kann jetzt noch behaupten, dass der Sortierschluss aufgrund optimaler Prognosen von Sendungsmengen eingehalten werden kann? – Der Arbeitgeber, natürlich wer sonst.
Trotzdem: **Verspäteter Verteilschluss.**
Bücher und Warensendungen liegen gestapelt unter und auf den Zustelltischen, bei einem mehr, beim anderen weniger. Die abenteuerlichsten Formate sind dabei. Wer die Produkt- und Preisgestaltung der Post kennt, kann sich darüber nur wundern.
Der Stammzusteller weiß, dass er viele Kunden nicht antreffen wird, aber er muss die Sendungen zwecks Zustellversuch mitnehmen. Phantasie ist gefragt, denn die vorhandenen Ablagestellen reichen heute nicht aus.
Eile ist angesagt: Rundfahrten müssen pünktlich gefertigt werden, die falsch verteilten Sendungen und Postfachsendungen müssen weggebracht werden, Zählzettel darf nicht vergessen werden, und, und, und,...
Endlich! Verteilschluss wird durchgesagt. Bei Steighäusern und größeren Briefkastenanlagen muss noch nachgesteckt werden, bevor es ans Einpacken geht. Nachsendeanträge müssen beachtet werden. Zirka 70 sind es durchschnittlich pro Bezirk in München.

Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer

Es ist laut im Zustellersaal. Einer Kollegin gehen die Nerven durch. Sie weint! Kollegen versuchen sie zu trösten. Schnell ist jeder wieder mit sich selbst beschäftigt. Man muss fertig werden.

Wie soll man das alles noch schaffen? Der Briefzusteller, der soll alles richten, aber bitte auch alles zustellen und dabei nicht überladen, und wehe einer gibt den Zettel ab (Überschreitung Arbeitszeitgesetz). So einer fliegt vor die Tür oder in die Sechs-Tage-Woche.
Also früher anfangen, keine Pause gemacht und kräftig überladen, beide Augen zu beim Arbeitszeitgesetz und alle Probleme sind gelöst?

10.00 Uhr
Nur wenige ZustellerInnen sind schon unterwegs. Die Mehrheit der Zustellkräfte fährt jetzt mit vollbepackten, zum größten Teil überladenen Zustellfahrrädern und Zustellkarren aus dem Zustellstützpunkt. Einige, vor allem Vertreter sind immer noch mit der Vorbereitung ihres Bezirks beschäftigt. Keiner der ZustellerInnen, die mit überladenen Fahrrädern und Karren den ZSP verlassen, wird aufgehalten.

Der Arbeitgeber weist in Dienstunterrichten und Verfügungen auf die vorgeschriebenen Beladungsgrenzen hin und „optimiert" aber im Gegenzug die Ablagestellen. Depotlösungen werden geschaffen, um Ablagestellen einzusparen. Die meisten Ablagestellenfahrten sind fremdvergeben.

16.00 Uhr
Langsam füllt sich der Zustellersaal mit den zurückkehrenden ZustellerInnen. Taschen werden geleert, nachweisbare Sendungen abgerechnet und Rückpost bearbeitet. Müde sehen die meisten aus. Müde und erschöpft. Viele stecken die restlichen ADAC-Sendungen noch für den nächsten Tag in den Verteilspind.

17.00 Uhr
Immer noch reges Leben im Zustellersaal. Die meisten haben mittlerweile über die Höchstarbeitszeitgrenzen hinaus gearbeitet.

18.00 Uhr
Die letzten gehen nach Hause! Sie haben eine 12-Stunden-Tag hinter sich gebracht und das nicht zum ersten und ganz gewiss nicht zum letzten Mal.

Der Traum (Arbeitnehmer)
Pünktlicher Dienstbeginn.
Pausen gemacht.
Nicht überladen.
Dadurch werden weniger Stunden im Briefeingang gestrichen.
Die eine oder andere Ablage kommt zurück.
Die eine oder andere Ablagefahrt wird wieder eingerichtet.
Die Abfahrtszeit wird geändert.
Es wird abgebrochen, wenn absehbar ist, dass es in 10 Stunden inklusive Pause nicht zu schaffen ist.
In der Bemessung wird nicht mehr beschissen.
Die Sendungsströme werden besser koordiniert.
Der Mensch kommt wieder vor der Infopostlaufzeit.

Eure Realität:
Dies ist der Alltag in den Zustellersälen der Deutschen Post AG in Deutschland.
Fragt die KollegenInnen anderer Niederlassungen!
Wollt Ihr weitermachen wie immer?
Es kömmt nicht darauf an, die Welt verschieden zu interpretieren, sondern sie zu verändern.

Ho

Info BR

Beschäftigungspakt Verkehr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zur Vermeidung von Änderungskündigungen mit der Folge einer kürzeren Wochenarbeitszeit konnte der Betriebsrat eine befristete Regelung mit der NLL abschließen.
Grund war die Neuschneidung der bestehenden Fahrten.
Eine Änderung der Dienstplanstruktur wurde nötig.
Für 29 Kollegen und 4 Kolleginnen konnte erreicht werden, dass die Reduzierung pro Woche nicht ganz so drastisch ausfällt (z.B. zwischen 1-5 Stunden weniger, d.h. alt 25,0 WoStd, neu aber nur mehr 20,0 WoStd.). Das Ganze gilt befristet bis Ende 2004.
Natürlich bekommt keiner vom Arbeitgeber Post Stunden geschenkt.
Dass die aufgeführten Punkte in dieser Regelung nur gegen Unterschrift gelten, dürfte zu verstehen sein. Durch die Unterschrift wird nämlich bestätigt, dass man sich daran hält. Ansonsten hätte das den Ausschluss zur Folge und der Betroffene würde auf die aktuellen Dienstplanstunden zurückfallen.

Es liegt natürlich im Ermessen eines jeden Einzelnen, freiwillig seine Unterschrift zu leisten. Wer sich aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sieht, zu unterschreiben, dem entstehen auch keine Nachteile für die aktuellen Dienstplanstunden.
Bei allen Fragen ist der Betriebsrat gerne bereit, jedem beratend zur Seite zu stehen.
Bitte wenn möglich Termin vereinbaren unter Tel. 163 98 – 3015.
Ich rufe auch gerne zurück.

Albert Göttlinger

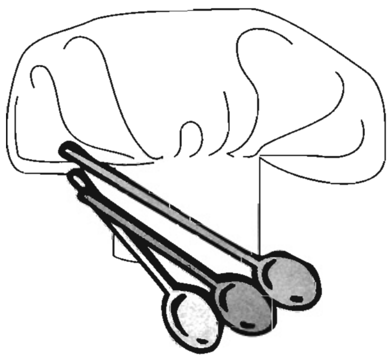
59 Kochtöpfe

Die Aktion „Wir kochen mit ver.di", „NL Brief München schaut in 59 Kochtöpfe" ist erfolgreich angelaufen.

Auf unseren Aufruf sind bisher 36 Kochrezepte eingegangen. Die daran teilnehmenden 13 Nationen decken zur Zeit eine Bandbreite von der deutschen bis zur ägyptischen Küche ab. Derzeit werden die einzelnen Kochrezepte wöchentlich auf unserer Internet Homepage unter www.verdi-brief-muenchen.de veröffentlicht.

Ehrgeiziges Ziel der Bezett-Redaktion bleibt es aber, ein Kochbuch zu erstellen, in dem im Idealfalle sämtliche 59 Nationen unserer Niederlassung vertreten sein werden. Sehr wünschenswert wäre hierbei, die einzelnen Rezepte jeweils auch (warum nicht im handschriftlichen Original) in der Landessprache abzudrucken. Wir appellieren daher auf diesem Wege an alle noch nicht kulinarisch vertretenen Nationalitäten, um ihren Beitrag zur Erstellung unseres ver.di Kochbuches BRIEF München.

Bis jetzt können wir nämlich erst bayrisch/deutsch, ungarisch, kroatisch, österreichisch, russisch/sibirisch, brasilianisch, rumänisch, französisch, philippinisch, ägyptisch, griechisch, türkisch und italienisch kochen.



Daood Pascha
(Fleischbällchen in Tomatensoße)

Rezept:

1 kg Rinderhack
4 Zwiebeln
2 Zehen Knoblauch
1 Bund Petersilie
1 Bund Dill
Salz
Pfeffer
Ingwer
Chilipulver
4-6Tomaten oder geschälte Tomaten aus der Packung

Zubereitung:

Das Hackfleisch mit 3 geriebenen Zwiebeln und dem kleingehackten Knoblauch, der gehackten Petersilie und dem gehackten Dill, Salz, Pfeffer, etwas Ingwer und etwas Chilipulver gut durchmischen und kleine Fleischbällchen formen. Diese in heißen Öl braten und dann beiseite stellen.

Für die Tomatensoße

1Zwiebel würfeln und diese glasig dünsten. Dann die gehäuteten, gewürfelten Tomaten dazu geben und alles einkochen. Mit einem Glas Wasser ablöschen und mit Salz, Pfeffer, etwas Zucker und etwas Chili abschmecken.

Wenn die Tomatensoße fertig ist, die Fleischbällchen dazu geben und mit Reis servieren.

Viel Spaß beim Nachkochen und guten Appetit

Ahmed Yehia // ZSP 80

داوود باشــــــــــا
(كــــــرات اللحم بصـلصــة الطــمـاطــــم)

المــقـاديــــر
1 كجم لحم بقرى مفروم
4 بصلات متوسطة الحجم
2 فص ثوم
1 حزمة بقدونس
1 حزمة شبت
ملح
فلفل
جنزبيل
شطه
6-4 حبات طماطم أو علبة صلصة طماطم

التحضير
يتم خلط ((اللحم المفروم- و عدد 3 بصلا ت مبشورات- و الثوم المفروم- و البقدونس
المفروم و كذلك الشبت المفروم ثم يضاف ملح والفلفل والجنزبيل- وقليل من الشطه))
- خلطاً جيداً و يكور كورات صغيره ثم وتحمر فى الزيت وتوضع جانباً

لتجهيز صلصة الطماطم
يتم تخريط عدد 1 بصله كزهر الطاوله ثم تقلى ' ثم تضاف الطماطم بعد تقشيرها وتخريطها
كزهر الطاوله ثم تترك لتسبك 'مع إضافة كوب من الماء والملح وبعض الشطه والفلفل
وقليل من السكر لإكتساب الطعم ' حتى تتسبك .

ثم تضاف إليها كرات اللحم وترفع من على النار و تقدم مع الأرز .

أتمنى لكم وقتاً طيباً وبالهناء والشفاء .

أحمد يحيى// ZSP 80

Baby da – Geld weg?

Das neue Jahr ist wie ein kleines Kind, das nicht weiß, was es erwartet, und von dem keiner weiß, was es bringen wird. Unser Redaktionsbaby kann jedenfalls schon ganz gut mit Geld umgehen.

Mutterschutzgeld

Wenn eine Frau schwanger ist, freut sie sich wochenlang auf ihr Baby. Die letzten sechs Wochen darf sie zu ihrer beider Schutz erwartungsvoll genießen. Der Gesetzgeber sorgt auch dafür, dass sich die Mutter nach der Geburt erholen und sich erst mal nur ums Baby kümmern braucht. Diese Mutterschutzfrist beträgt acht Wochen. Bei Mehrlingsgeburten gelten andere Fristen.

Früher wurde die Zeit bei vorzeitigen Geburten abgezogen. Nach der Gesetzesänderung seit 2001 beträgt die gesamte Mutterschutzfrist 14 Wochen. Dies bedeutet, auch wenn das Kind vor dem errechneten Termin auf die Welt kommt, wird die „verlorene" Zeit bis dahin einfach hinten angehängt. Das wirkt sich auch finanziell auf das Mutterschaftsgeld aus.
Und dann?

Kindergeld!

Kindergeld bekommt man auf Antrag ab dem Geburtsmonat des Babys, egal, ob es am Monatsersten oder -letzten geboren ist. Der Antrag ist an die Familienkasse des Arbeitsamtes zu richten.

Erziehungsgeld

Weiter ist es möglich, bis zu bestimmten Einkommensgrenzen (Die Gehälter beider Eltern werden addiert.) Bundes-/Landeserziehungsgeld zu erhalten. Für die ersten sechs Lebensmonate kriegen noch viele Familien Bundeserziehungsgeld. Ab dem siebten Lebensmonat bis zum 3. Geburtstag des Kindes gibt es eine zweite Einkommensgrenze, die allerdings weniger als ein Drittel der ersten beträgt, so dass schon nicht mehr so viele Familien in den „Genuss" kommen, Bundes-/Landeserziehungsgeld zu beziehen.
Antragsteller müssen sich bei der erstmaligen Antragstellung entscheiden, ob sie

- die „Regelleistung" (monatlich bis zu € 300,– maximal 24 Monate)

oder

- das „Budget" (monatlich bis zu € 450,– maximal 12 Monate)

wählen. Den Antrag stellt man beim Amt für Versorgung und Familienförderung.

Elternzeit

Neu ist auch, dass beide Partner gleichzeitig Elternzeit (Früher hieß das „Erziehungsurlaub".) in Anspruch nehmen können. Nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) bietet sich sogar die Möglichkeit, während der Elternzeit 30 Stunden pro Woche nebenher zu arbeiten.

Trotzdem bleibt für das Erziehungsgeld die jeweilige Einkommensgrenze.

Arbeitssuche

Gerne möchte eine nicht berufstätige Mutter oder der Vater die Haushaltskasse aufbessern. Besonders mit Kindern, die nur kurz oder gar nicht gestillt werden oder eine Lebensmittelallergie haben, kann es nämlich ganz schön ins Geld laufen.
Leicht ist es allerdings nicht, Arbeit zu finden, wenn man niemand hat, der sich ums Kind kümmert. Viele Möglichkeiten bieten sich nicht, zu den Zeiten, an denen der voll arbeitende Partner beim Kind zuhause sein kann, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Einige Kolleginnen nahmen das Angebot an, im Briefzentrum in verschiedenen Schichten (nachts, Wochenende) zu arbeiten. Selten gibt es die Möglichkeit, in der Zustellung als Teilzeit-/Abrufkraft eine Beschäftigung zu finden. Die Deutsche Post AG bietet nun auch Minijobs an, die jedoch schnell vergriffen sind.

Sonst liegt es an jedem selbst, Ideen zu haben, um an Geld zu kommen.

Eigene Ideen

Ich versuchte bereits, meine Stickbilder zu verkaufen. Im Frühjahr 2003 hatte ich das Glück, in der Zustellung befristet einen Teilzeitbezirk mit 19.0 Stunden zu bekommen. Momentan suche ich als Tagesmutter ein Tageskind, eine/n Spielgefährten/in für meinen Sohn, um einer anderen Mutter oder einem anderen Vater zu ermöglichen, arbeiten zu gehen. So kann ich doch zuhause etwas dazu verdienen.

Tageseltern

Tageseltern vermitteln neben dem Stadtjugendamt mehrere Institutionen in München. Nähere Auskünfte erteilen:

- das Amt für Versorgung und Familienförderung
- die Familienkasse des Arbeitsamtes
- die Finanzämter
- das Stadtjugendamt
- die Sozialbetreuer der Deutschen Post AG.

Foto: Monika Schmalz

So ganz „ohne Geld" ist man also doch nicht, aber es verteilt sich nun eben auf mehrere Personen, die damit auskommen müssen. M.S

Anmerkung der Redaktion zum Artikel von Monika Schmalz:

Arbeitssuchende können während des Erziehungsurlaubs bis zu 30 Stunden pro Woche (Erziehungsgeld unschädlich) nebenher arbeiten. Findet diese Tätigkeit beim alten Arbeitgeber – in unserem Falle der Deutschen Post AG – statt, sollten Interessenten/innen aber wissen, dass jeweils nur nach neuem Entgelttarifvertrag bezahlt wird, d. h. die Besitzstandszulage entfällt.

ver.di lässt diese Vorgehensweise derzeit rechtlich prüfen.

Ebenfalls nicht unproblematisch ist eine Verlängerung der Erziehungsurlaubes in Form eines sog. Urlaubes ohne Lohn. Dieser Urlaub ohne Lohn wird zwar vom Arbeitgeber in der Regel gewährt, allerdings müssen sich Interessierte mit Unterschrift verpflichten, auch mit einer geringeren Wochenarbeitszeit bzw. Eingruppierung bei Wiedereintritt in das Arbeitsleben einverstanden zu sein.

Regelungen zum Kündigungs- und Rationalisierungsschutz wären somit umgangen.

Beim Ende des Erziehungsurlaubes ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei gleicher Eingruppierung und Wochenarbeitszeit einzustellen. Bei der Antragsstellung der Elternzeit/Erziehungsurlaub (in der Regel bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres) sollte aber bedacht werden, dass eine vorzeitige Beendigung der Elternzeit zur Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit das Einverständnis des Arbeitgebers voraussetzt.

Sozialplan 2003 - 2004

Abbaupfad Abtl. Verkehr

Der BR konnte Anfang 2003 in Verhandlungen mit der NLL erreichen, dass der Beginn der Ratio-Maßnahme 2003 erst am 31.12.03 und nicht wie in den Jahren zuvor, bereits im Februar/März beginnt. Das heißt ein Jahr später.

2004 wird wieder, lt. Abbaupfad, eine Ratio-Maßnahme durchgeführt. Auf Grund persönlicher Umstände meldeten sich 2003 freiwillig einige Kollegen zusätzlich, um in Überbrückungsgeld, Abfindung, in Postbeschäftigungsunfähigkeit (PBU = VAP-Rente) bzw. in Pension zu gehen. Dass der Abbaupfad vom Arbeitgeber Post vorgegeben ist, wollen viele der Betroffenen nicht einsehen. Hier nimmt die Post ihr Direktionsrecht wahr, wie alle Firmen und Konzerne auf der ganzen Welt. 2001 wollte die Zentrale den Fahrdienst mit den eigenen Kraftfahrern ganz einstellen, die Gewerkschaft konnte aber den Kahlschlag verhindern. Die Post willigte ein, der Abbaupfad war nach langwierigen Verhandlungen beschlossen.

Von 2005 bis Ende 2007 ist Stillstand, d.h. die übrig gebliebenen Kraftfahrer können bis Ende 2007 bleiben.

Der BR wird auch 2004 versuchen, mit der NLL eine Regelungsabrede wie 2003 zu erreichen.

Sollte jemand Fragen haben zum Abbaupfad, Ratiomaßnahmen oder Regelungsabrede, steht der BR gerne zur Verfügung.

Wir gedenken unserem Gewerkschaftsmitglied und Kollegin der Abteilung 33

Renate Kerscher

sie wurde am 26. August 2003 durch einen tragischen Unfall im Alter von 29 Jahren aus dem Leben gerissen.

Wir haben Renate in den Jahren der Zusammenarbeit außerordentlich schätzen gelernt. Sie war durch ihre offene und freundliche Art bei allen Kolleginnen und Kollegen beliebt.

Wir behalten sie in unserer Erinnerung.

Wir gedenken unserem Gewerkschaftsmitglied und Kollegin der Personalstelle

Helga Wasmeier

Tief betroffen haben wir die Nachricht erhalten, dass unsere Kollegin

am Freitag, den 30. Januar 2004, im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Wir trauern mit ihren Hinterbliebenen um eine liebenswerte und aufrichtige Kollegin. Wir werden ihr stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Wir gedenken unserem Gewerkschaftsmitglied und Kollegen der Abteilung 31

Yosry El Tobgy

Tief betroffen haben wir die Nachricht erhalten, dass unser Kollege

am Donnerstag, den 29. Januar 2004, im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Wir trauern mit seinen Hinterbliebenen um einen liebenswerten und aufrichtigen Kollegen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Baustelle Europa

Vom 19.09.03 bis 26.09.03 veranstaltete ver.di ein Seminar in Berlin, Brüssel und Straßburg. Die Teilnehmer bekamen Einblicke in die politische Situation Europas und in die Probleme, womit sich unsere Gewerkschaften auf diesem schwierigen Terrain auseinandersetzen müssen.

Es ist nicht möglich, die vielfältigen Inhalte dieses Seminars auf kleinem Raum wiederzugeben. Die Dimension des Seminars allein war überwältigend. Als Ausgangspunkt war Berlin gewählt worden, das Clara-Sahlberg Bildungszentrum von verdi am Wannsee. Die geschichtliche Dimension Berlins als wieder gewonnener Hauptstadt Deutschlands wird einem hier auf Schritt und Tritt bewusst, mit Regierungsgebäuden von europäischer Dimension, wenn man allein die Größe des neuen Regierungsviertels betrachtet, das großzügig auf den Trümmern des alten Deutschland geplant werden konnte. Für wen soll das alles gebaut worden sein? Für uns, „das Volk"?
Weiß ein jeder, dass das architektonische Vorbild fürs Kanzleramt, der Timuridenbau des Ali Qapu in Isfahan, Iran, Strenge und Autorität ausdrückt?
Wir wurden eingeführt in den europäischen Wanderzirkus von Brüssel und Straßburg, die beide Parlaments- und Kommissionsgebäude von würdigen Ausmaßen besitzen, und die in beiden Städten abwechselnd genützt werden. Der politische Proporz zwischen den Nationen Europas hat das zustande gebracht, was an die kaiserlichen Umzüge des Mittelalters erinnert, wo die Herrscher des Heiligen Römischen Reiches von Pfalz zu Pfalz und nach Italien zogen, um nach dem Rechten zu sehen.
Wir lernten in Straßburg die Abgeordneten Heide Rühle von den „Grünen" und in Brüssel Fr. Juliane Ott, Assistentin des EU-Abgeordneten Udo Bullmann, SPD, kennen. Hr. Norbert Wunner von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der EU-Kommission stand uns für kritische Fragen zur Verfügung. Mitarbeiter und Repräsentanten der Ländervertretung von Baden-Württemberg luden uns abends in Brüssel zu einer Aussprache mit kleinem Umtrunk. Die SPD nahe Friedrich-Ebert-Stiftung gewährte uns Räumlichkeiten zur Diskussion mit europäischen Gewerkschafts-Repräsentanten von UNI und ETF, die für uns dort die schwierige Lobby-Arbeit in dornigem Umfeld betreiben.
Das maßlose Übergewicht der Lobbyisten aus der Wirtschaft kann nicht verhindern, dass UNI (Union Network International, Dienstleistungen und Medien) und ETF (Europäische Transportarbeiterföderation) immer wieder Erfolge erringen, die für uns und weltweit von Bedeutung sind.
Der Internationalismus der Arbeiterschaft wird geradezu herbei gezwungen durch die Dominanz der Wirtschaft in Europa und der Welt.
Die exzellente Vorbereitung in der Seminar-Einführung in Berlin wurde Schritt um Schritt in der realen Begegnung bestätigt.

Europäische Betriebsräte

Leibhaftige europäische Betriebsräte gab es als Seminar-Teilnehmer zu besichtigen.
Seit 1994 gibt es die Richtlinie des EU-Ministerrates über Europäische Betriebsräte. Eine Richtlinie hat Gesetzeswirkung und ist nationalen Gesetzen übergeordnet. 1870 Unternehmen fallen unter diese Richtlinie. Davon haben 1426 Unternehmen eine NL in Deutschland. Auf diese Weise ist Deutschland am meisten in die europäische Wirtschaftsverflechtung einbezogen und als Standort gefragt. Ein neunmalkluger Wirtschaftsprofes-

Fotos: Peter Horn

sor aus Bremen plädierte vor kurzem in der SZ für die Abschaffung der Mitbestimmung in nationalen und internationalen Konzernen, weil die Deutschen mit ihrer Mitbestimmungsmanie hinter dem Mond lebten und ausländische Unternehmen abschreckten. Die Realität wird ihn Mores lehren. Ein Europäischer Betriebsrat (EBR) hat keine Mitbestimmungsrechte, aber ein Informations- und Anhörungsrecht. Das ist nicht viel aber auch nicht nichts. Unser örtlicher Betriebsrat der NL Brief München weiß ein Lied davon zu singen, wenn das Informationsrecht nicht respektiert oder unterlaufen wird.

Die hervorragenden Vereinbarungen, die mit Unterstützung von ETF, UNI und verdi mit der Deutschen Post World Net (DPWN) zur Einrichtung eines EBR im letzten Jahr erreicht werden konnten, mögen als Beispiel dienen für das, was möglich ist.

Nehmen wir die babylonische Sprachverwirrung. Bei unserem Besuch im Brüsseler EU-Parlamentsgebäude wurden gerade zusätzliche Übersetzungskabinen für die Neuankömmlinge aus dem Osten eingerichtet. Ein ganz enormer Einsatz finanzieller Mittel aus EU-Mitteln ist dafür erforderlich. Das gleiche Problem stellt sich in der internationalen Arbeitnehmer-Vertretung.

43% aller schriftlichen Dokumente sind in Englisch abgefasst, 28% in Deutsch, 15% in Französisch. Aber nur 17% der untersuchten Betriebsvereinbarungen zur Einrichtung von EBR gewähren einen Anspruch auf Sprachkurse. Das aber wäre zwingend notwendig zur Überbrückung der interkulturellen Unterschiede in der Arbeitnehmervertretung.

Die EBR Vereinbarung mit der DPWN sieht die simultane Übersetzung der Sitzungen sowie die Übertragung der Unterlagen in alle Landessprachen vor.

Die Interessen von 320 000 Beschäftigten aus über 450 Unternehmen in 27 (!) Ländern werden zwei Mal pro Jahr (EU-Vorschrift ein Mal) auf Sitzungen mit 25 Management-Vertretern und ca. 50 Arbeitnehmervertretern zur Sprache kommen.

Das Informationsrecht sieht u.a. das Recht für 4 Arbeitnehmervertreter im Lenkungsausschuss vor, jederzeit und ohne Genehmigung des Managements sämtliche Betriebe im Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung aufzusuchen. Das Informationsrecht ermöglicht Länder übergreifende gemeinsame Strategien, um ein gegenseitiges Ausspielen zu verhindern.

Europäische Verfassung

Gegen Ende 2003 sollte die vom Europäischen Konvent erarbeitete Europäische Verfassung als letzter Bezugspunkt für die europäische Rechtsordnung in Kraft gesetzt werden. Dies scheiterte an Polen und Spanien, die aus innen- und außenpolitischen Gründen am Vertrag von Nizza festhalten wollen, der als einer der letzten wichtigen Primärrechts-Vereinbarungen für die beiden Länder ein günstigeres Mitspracherecht vorsieht als die Verfassung. Als Nebeneffekt wurde damit dem EU-Ratspräsidenten Berlusconi ein wichtiger außenpolitischer Erfolg verweigert.

Neben dem unbezweifelbaren „großen Wurf" blieben die üblichen Proporzflecken nicht aus.

Großbritannien sorgte dafür, dass die so wichtige Grundrechte-Charta als Wertegrundlage hinter das Institutionen-Kapitel rücken musste.

Für Arbeitnehmer bedeutsam sind unterschiedliche Formulierungen, die Ziele und Zuständigkeiten der EU-Politik im Wirtschaftsleben betreffen.

In Art. I-3 II, III ist die Rede von „freiem und unverfälschtem Wettbewerb" und „wettbewerbsfähiger sozialer Marktwirtschaft", die auf „Vollbeschäftigung" abzielt.

In Art. III-69 I, II wird weiter hinten nur noch von einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" gesprochen und Ziel ist nur noch ein „hohes Beschäftigungsniveau" (Art.-III-99).

Unklar sind die Formulierungen zur Zuständigkeit für Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die auf diese Weise die unterschiedlichen Länderinteressen wiedergeben.

Art. I-14 1 und Art. I-14 III sehen die EU in der Pflicht, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Art. I-14 I 2 weist die Koordinierung der Wirtschaftspolitik den Mitgliedsstaaten zu.

Art. I-49 betrifft die „Transparenz der Arbeit der Organe" und Einrichtungen der EU. Darunter wird in Art. I-49 II die Öffentlichkeit der EU-Parlamentssitzungen genannt.

Am 25.09.03, dem Zeitpunkt unseres Besuchs in Straßburg, musste Kommissionspräsident Prodi zu Korruptionsvorwürfen im Eurostat-(istik)-Skandal vor dem Straßburger EU-Parlament Stellung nehmen. Er konnte das in einer nicht-öffentlichen Sitzung tun, weil die Kommission über das Parlament die Nicht-Öffentlichkeit verfügt hatte. Das war beschämend. Kein anderes Parlament eines demokratischen Landes hätte sich dies in einem solchen Zusammenhang gefallen lassen.

Sozialer Dialog

In Art. I-47 wird eigens der „Soziale Dialog" zwischen den Sozialpartnern Arbeitgeber und Arbeitnehmer genannt. Er soll von der EU gefördert werden „unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme". Schon jetzt zeigt sich eine Benachteiligung der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Lobbyismus der Wirtschaftsunternehmen, die nicht von den Exekutiv-Organen der EU ausgeglichen wird, sondern unter dem Vorwand der Neutralität Korrekturen im Ungleichgewicht der Kräfte unterlässt.

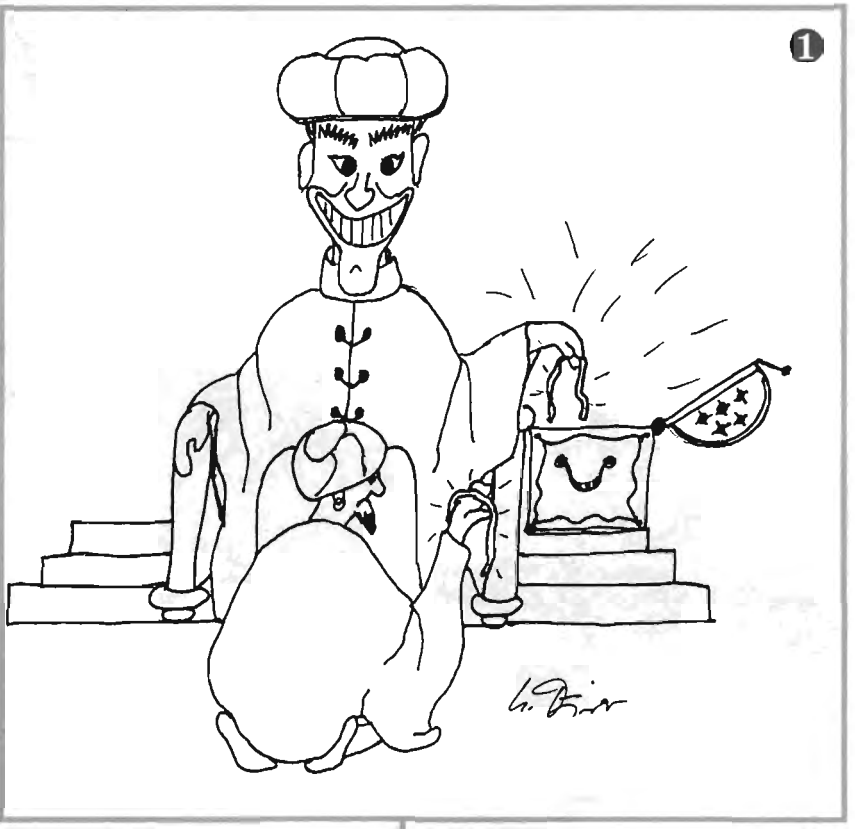
Wird uns das auf Initiative des Delegierten des Deutschen Bundestages Meyer eingeführte Bürgerbegehren (Art.I-46 IV) auf EU-Ebene mit einem Quorum von 1 Mio Bürger darüber hinweg trösten? Ho

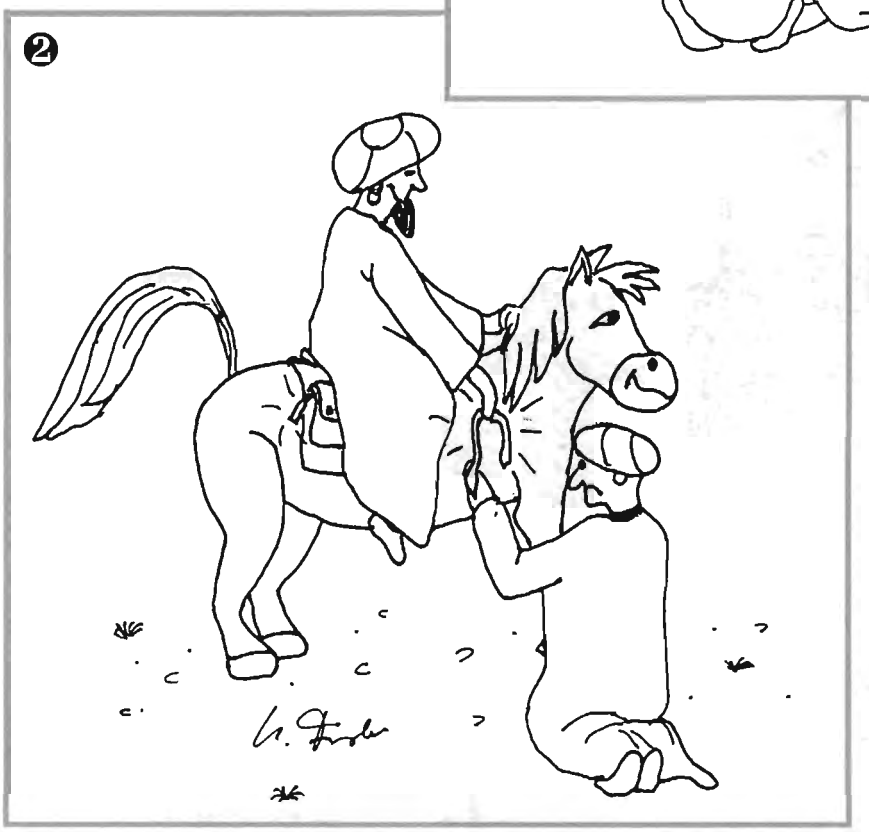
Der Gelbe Pfad

Der „seidene Faden"

Ein Sprichwort sagt, dass manchmal alles an einem „seidenen Faden hinge".

Am Seidenfaden arbeiten die Seidenraupen, ziemlich viele sind da tätig. Ihnen wird der Faden gewissermaßen aus dem Körper gezogen, dem Kokon. So ist dieses auch ein Abbild für die Arbeitswelt. Wir produzieren mit unserem Körperschweiß die seidenen Fäden, womit die wunderschönen glänzenden Gewänder gewebt werden, die dann von unseren Mandarinen getragen werden. Gelb müssen diese Gewänder sein, wenn sie unser „Kaiser" trägt (wie früher der chinesische).





Aber die Seide gefiel auch dem türkischen Sultan. Wenn der mehr Seide hatte, als er für seine Kleider brauchte, dann ließ er sie durch seine Reiter schnürlweise übers Land verteilen. Daher spricht man in Bayern auch vom „Schnürl-Regen".
Die Reiter übergaben die Schnüre einzeln an bestimmte Leute, manchmal viele, manchmal wenige, aber immer in Prozentsätzen, und wer einen solchen in der Hand hielt, der hatte Pech, denn mit dem Schnürl musste er sich aufhängen oder von einem Diener, wenn vorhanden, erdrosseln lassen.

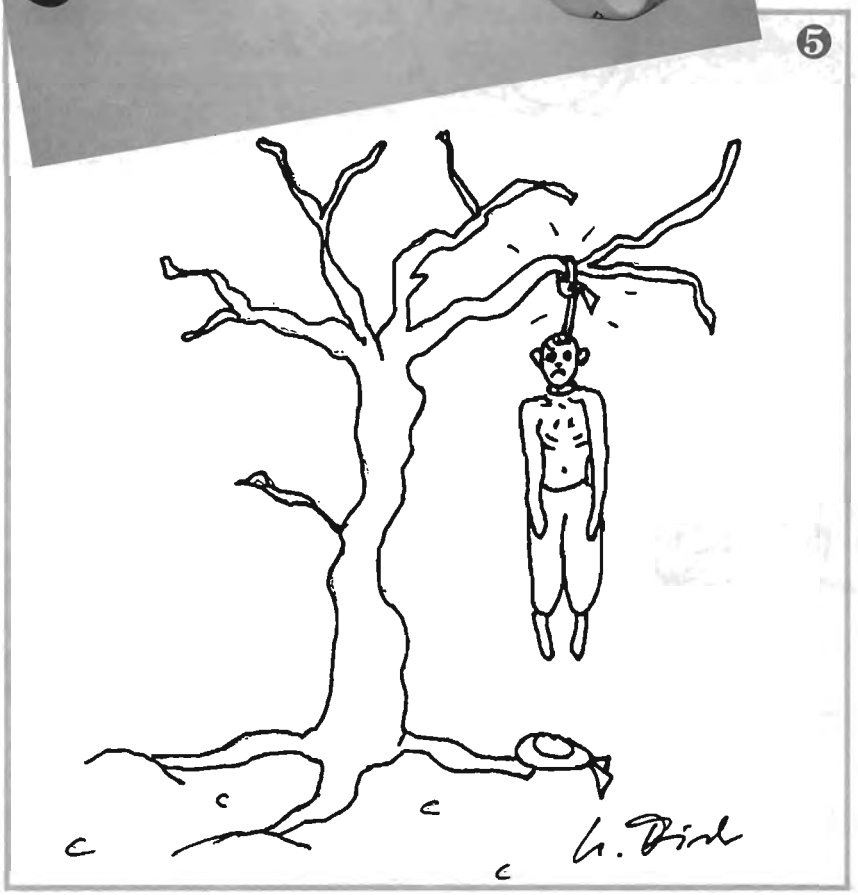
Auf diese Weise hängt nun von Anfang bis Ende alles einem seidenen Faden.

Freiwillig, freier Wille

Freiwillig stammt von „Freiwild". Abenteuerliche Gedankengänge befassen sich mit dem „freien Willen". Jedes kleine Kind weiß, dass es den „freien Willen" nicht gibt, denn alles ist durch eine Ursache bestimmt. Am Anfang sind das die Eltern, dann die Lehrer, dann die Arbeitgeber, die bestimmen, was gemacht wird.

Wenn wir alt geworden sind, erzählen wir uns Geschichten vom „freien Willen", und wie wir ihn verteidigt haben, so wie wir den Kindern Märchen erzählen vom Glück, von Prinz und Prinzessin und vom Helden und Drachentöter.

Manche behaupten, ein Mensch mit einem freien Willen könnte



„Nein!" sagen, wenn andere von ihm verlangten, er solle „Ja!" sagen. Das kann er dann auch probieren.

Vielleicht wird er dann ein Held und tötet den Drachen, aber vielleicht ist der Drachen sein Arbeitgeber, und dann kann ihm der keine Arbeit mehr geben.

Wer jemals einer Prinzessin oder einem Prinzen einmal ein „Nein!" gesagt hat, der weiß, was dann passiert.

Alles das ist überhaupt nicht logisch, sondern einfach nur real, daher muss die Ableitung vom Freiwild die richtige sein, schon wegen der Ähnlichkeit des Wortklanges.

Ein englischer Filmtitel verlangt sogar „Free Willy!", das ist ganz international. Vielleicht kennen Killerwale die Freiheit am besten.

Bleibt uns das Glück. Und das passt auch am besten zum Freiwild. Wenn man zum Abschuss freigegeben ist und glaubt, noch in der Schonfrist zu sein, dann gehört Glück dazu, wenn man „Nein!" sagt und davon kommt.

Vom einfachen Leben

LEO´S

Der Gestaltbarkeit des eigenen Lebens sind immer Grenzen gesetzt, die durch Lebenssituationen unterschiedlich geprägt sind.
Wenn jedoch nur noch wenige Optionen bleiben, arrangiert sich der Mensch meist zwangsweise mit den Verhältnissen, bevor sie ihn erdrücken und verformen.
Wir lernen also, Lebenskunst kann auch bedeuten, die eigenen Ansprüche zurückzuschrauben und so etwas wie glücklich zu sein mit dem, was die Aussichten und das Arbeitsleben des Briefträgers momentan zu bieten haben.
Es gilt eben nicht zu jammern, wenn wieder einmal, in Folge ein kalter schneereicher Wintertag, der selbstverständlich abgehärteten Postbotin Lisa Willig ihrem durchtrainierten Körper weit mehr abverlangt hat, als es in der Statistik der Bemessung vorgesehen ist. Nein!

Mit ausgemergeltem rotem Gesicht eilt die Durchnässte wieder mal nach 10 Stunden Arbeit müde in den Supermarkt, dann holt sie die Kinder aus der Nachmittagsbetreuung, kocht zu Hause etwas leckeres und fragt nebenbei Englischvokabeln ab. Den von der Arbeit heimkehrenden Mann freundlich empfangen, dann gemeinsam mit einer Gute-Nacht-Geschichte die Kinder ins Bett bringen. Zu müde zum Bügeln?
Selber Schuld!
Laut Umfragen wird das „Dienstleistungsunternehmen Familie" von Frauen schon der mittleren Führungsebene überwiegend gemieden. Doch wo ist der Guru, der zur gesteigerten Selbstaufnahme des Ichs unserer Lisa Willig die richtigen Worte findet?
Dass Lisa Willig trotz mancher schlechten Tage wieder einmal ein ganzes Jahr keinen Tag die Arbeit säumte, wurde ihr wie vielen anderen mit **4 Briefmarken** als Geschenk neben einem Schreiben als Dank zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig empfing sie die Nachricht, dass künftig noch mehr Vertreterposten reduziert werden, was eben zur Folge hätte, dass in Zustellgruppen mit mehr als zwei Mitarbeitern, die schulpflichtige Kinder hätten, der gemeinsame Erholungsurlaub, wenn überhaupt, so nicht in allen Ferienzeiten und nicht immer in gewünschter Länge wie bisher möglich sei.
Das Urlaubsgeld als Beamtin wird ihr ja sowieso gestrichen, das sehr benötigte Weihnachtsgeld gekürzt, warum also noch Familienfreundlichkeit heucheln?

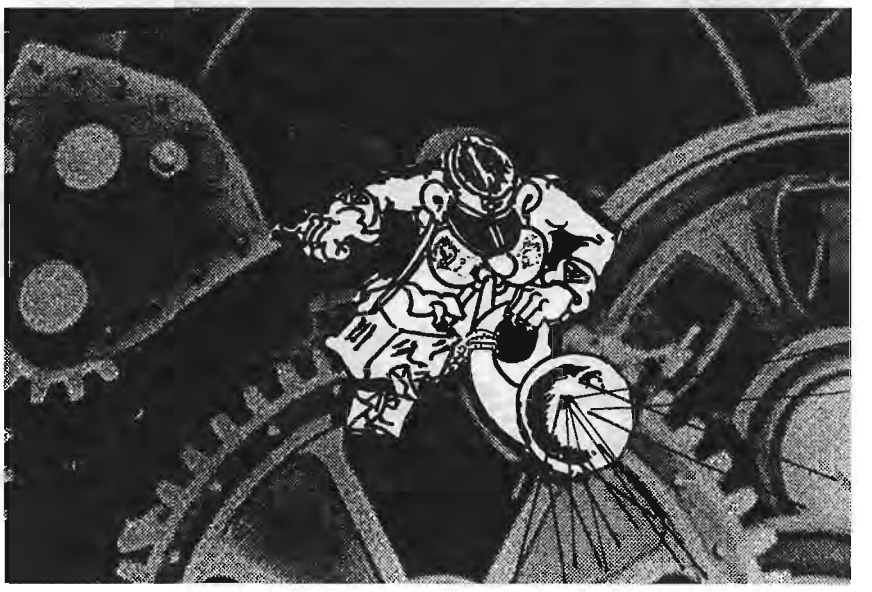
Und dann fordern die noch bis 48 Stunden „auf dem Papier" freiwillig!
Gerade hier setzt der „moderne Manager" ein:
Wünscht Euch das, was Ihr noch habt und wünscht Euch nicht, was Ihr nicht habt, und Ihr werdet wahre Zufriedenheit finden.
Also will niemand die verlorenen Träume der Lisa Willig ins Gegenteil verkehren? Nein!

Auf Anerkennung von seiten der Vorgesetzten darf sie ohnehin nicht hoffen, Unternehmenskultur findet ohnehin nur in Hochglanzbroschüren statt. Und so kann Lisa Willig auch nicht mehr an eine bessere Zukunft glauben.

Zen und Management hätten in ihren Basisprinzipien viel Gemeinsames. Moderne Manager könnten dabei ja zu einer intensiveren Wahrnehmung und nicht zuletzt zu einem wirklich besseren Verständnis für die Belange von gut funktionierenden Mitarbeitern gelangen. Doch wer will das?

Schließen wir also das Fenster der Realitäten vom einfachen Postlerleben und hoffen, dass Lisa Willig stellvertretend für all die anderen Willigen nicht wie Charlie Chaplin, der ebenfalls willige Arbeiter durch immer noch mehr Beanspruchung vorzeitig im wahrsten Sinn des Wortes unter die Räder kommt.

Man nannte das schon einmal **„MODERNE ZEITEN"**.



Aktuelle Information der PSD Bank München eG

PSD AutoKredit 5,90% p.a. nom.

Die günstige Alternative!

Ab 01. März 2004 bieten wir Ihnen pünktlich zum Frühlingsbeginn die Möglichkeit, Ihr Traumauto mit dem günstigen *PSD Auto*Kredit zu finanzieren:

- Günstiger Zinssatz: 5,90% p.a. nominal,
  6,06% p.a. effektiv bei 72 Monaten Laufzeit
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Sonderzahlungen jederzeit und kostenfrei möglich
- Laufzeit bis zu 72 Monate
- Fester Zinssatz für die gesamte Laufzeit
- Mindestkreditsumme 5.000 Euro
- Für Neu- und Gebrauchtwägen (bis zu vier Jahren)

Es lohnt sich zu vergleichen!

Ihre Hotline für Fragen und die Anforderung der Unterlagen zum *PSD Auto*Kredit: 0821/ 5049 - 210

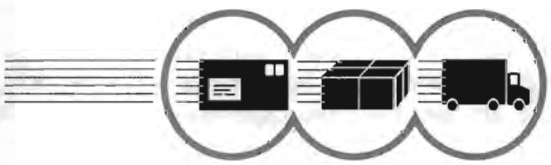
Schon gewusst?
Ihre PSD Bank ist auch im Zentrum Münchens vor Ort:

Für ausführlichere Beratungsgespräche stehen wir Ihnen dort gerne zur Verfügung:

Marsplatz 4
80335 München
(Telekomgebäude)
Mo. bis Do. 9 - 12, 13-16 Uhr
Fr. 9 - 12 Uhr

Um Wartezeiten zu vermeiden, vereinbaren Sie bitte unter Telefon 089/12 10 99 90 einen Gesprächstermin.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



ver.di

Postdienste, Speditionen und Logistik

Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft